



Bruch

Während die Studierenden weiter versuchen, die verkrustete Hochschulpolitik aufzubrechen (Seiten 2 bis 4), sorgt BIEST für Risse in den Plänen zum Stadthallenbau (Seite 6). Weiter beschäftigen uns dieses Mal die Umbrüche in Griechenland (Seite 7) und Thailand (Seiten 10 und 11). Und selbst wenn die Suevia (Seite 6) überkommene Rollenbilder vor dem Zerschlagen bewahren möchte, sorgen Seiten 8 und 9 für dringend nötige Sollbruchstellen.

Auf den Seiten 12 und 13 werden (schwarz)weiße Afrikabilder in der WM-Berichterstattung durchbrochen und auch wenn die europäische Migrationspolitik (Seite 14) bei uns Brechreiz auslöst, wachsen wenigstens auf Seite 15 neue Denkmuster der Entwicklungspolitik.

Also nutzt die Gelegenheit zum Aufbruch und gießt die Pflänzchen im Asphalt!

die redaktion

un!mut
ZEITSCHRIFT [an] DER UNI HEIDELBERG

Bildungsstreik geht in die dritte Runde

Erneut bundesweite Proteste

In über 60 Städten gingen am Mittwoch, den 09. Juni 2010, erneut 85 000 SchülerInnen und Studierende auf die Straße, um für Veränderungen im Bildungssystem zu demonstrieren. Nach den massiven Protesten im vergangenen Sommer und der Besetzungswelle im Herbst geht der Bewegung damit auch in der dritten Runde nicht die Luft aus.

In Heidelberg zogen bei bestem Wetter etwa 1500 Personen durch die Innenstadt. RednerInnen der Studierenden, SchülerInnen und Lehrenden sowie der Gewerkschaften und der Heidelberger Montagsbewegung übten deutliche Kritik an den Missständen in Bildung und Gesellschaft. Während sich die TeilnehmerInnen für erste

kleinere Erfolge beim Bachelor oder BAföG bejubelten, war der Unmut umso größer bei Themen wie Schulsystem- und Finanzierung oder dem freien Zugang zu

Bildungseinrichtungen auch für junge Menschen aus einkommensschwächeren Familien. Denn dazu schweigen die zuständigen Ministerien seit Beginn der Proteste beharrlich. PR-Veranstaltungen wie der Bologna-Gipfel von Bundesbildungsministerin Schavan im Mai oder der Bildungsgipfel der Kanzlerin während der Bildungsstreikwoche zeigen den Protestierenden zwar, dass sie das Thema Bildung auf die Tagesordnung gebracht haben, ihre eigentlichen Forderungen aber noch lange nicht ernst genug genommen werden.

Dabei waren auch dieses Mal in Heidelberg wieder viele SchülerInnen an den Aktionen beteiligt. Von manchen LehrerInnen unterstützt, von anderen für das Fernbleiben vom Unterricht mit Sanktionen bedroht, wurden sie nicht müde, ihre Unzufriedenheit mit vollgestopften Klassen, dem G8-Chaos oder der sozialen Selektion durch das veraltete mehrgliedrige Schulsystem kund zu tun.

Insgesamt verlief die Demonstration deutlich turbulenter als vergleichbare Demonstrationen bisher. Schon im Vorfeld hatten für Heidelberger Verhältnisse ungewöhnlich strenge Auflagen für Kopfschütteln gesorgt. So waren die sonst üblichen

Sitz- und Sprinteinlagen sowie etwa das Mitführen von Glasflaschen verboten – als hätten die Behörden die Studierenden und SchülerInnen für gewaltbereit gehalten. Begleitet wurde die Demo zusätzlich auch noch durch Beamte der Spezialeinheit BFE (Beweissicherung und Festnahme), die normalerweise nur für Einsätze mit hohem Eskalationspotential angefor-



Das hätte er gerne, der Herr Wachtmeister, dass die Presse keine Fotos macht: Der von der Polizei aus der Demo gezogene Student bei der Personenaufnahme.

dert werden. Dass es sich dabei um die selbe Einheit handelte, die die Studierenden im letzten Jahr aus dem Rektorat geräumt hatte, trug nicht gerade zur Entspannung bei. Zusätzlich sorgte das Verbot, den Bismarckplatz als Kundgebungsplatz zu nutzen, für Unverständnis. So musste die Demo, obwohl bereits im Vorfeld für den Bismarckplatz als Startpunkt geworben worden war, in einer Seitenstraße bei der Stadtbücherei beginnen – DemonstrationsteilnehmerInnen, die noch von der angemeldeten Route ausgingen, mussten dorthin umgeleitet werden.

Trotzdem blieben die Demonstrierenden besonnen und zogen lautstark aber friedlich in Richtung Altstadt, unterstützt von einem Dj-Team und der Heidelberger Sambaband „Sambartistas“. Ein Versuch, doch noch auf den Bismarckplatz zu kommen, wurde von den Einheiten der BFE verhindert.

Kurz vor Ende der vorgeschriebenen Route machte die Demo schließlich wie im letzten Jahr einen Schwenk über die Neckarstaden. Auf dem Rückweg zum Uniplatz zog die Polizei dann plötzlich einen einzelnen Demonstranten aus der Menge und nahm seine Personalien auf. Ein Ordnungsbeamter glaubte, ihn als „Rädelsführer“ eines zwischenzeitlichen Sit-Ins erkannt zu haben. Ob es zu einer Anzeige oder Strafe gegen den Studenten kommt, ist bislang unklar.

Am Uniplatz stellte sich der Betroffene schließlich als Versammlungsleiter der Schlusskundgebung zur Verfügung – die ursprüngliche Demo war zu diesem Zeitpunkt von der Polizei für aufgelöst erklärt worden. Auf diese Weise konnte die Demo noch wie geplant zu Ende gebracht werden.

Mit den zehntausendfach besuchten Demonstrationen hatten die SchülerInnen

und Studierenden gezeigt, dass sie auch weiterhin den Druck aufrecht erhalten werden, um echte Veränderungen im Bildungssystem zu erreichen. Die Wut über die weitgehende Untätigkeit der Verantwortlichen – trotz stetiger Verständnisbekundungen – entlud sich in vielen Städten in Blockaden und Präsidiumsstürmungen. Im Süden lieferte Freiburg die spektakulärste Aktion: Nach der Demo besetzten die Demonstrierenden für einige Stunden die Gleise am Freiburger Hauptbahnhof.

In Heidelberg hofft man nun auf ein Einsehen der Behörden für zukünftige Aktionen. Waren doch vergleichbare Demonstrationen bisher immer weitgehend ohne Eskalationen verlaufen.

Was nun konkret bei den Protesten heraus kommt, wird die Arbeit der nächsten Wochen und Monate zeigen. Auf der Grundlage der diesjährigen Bildungsstreichwoche lässt sich über die Notwendigkeit dafür jedenfalls nicht länger hinwegsehen.

von Martin Schneider

Über Macht und Militarismus im Widerstand

Die Rote Tora – Kolumne für Kritische Theologie



Die letzte Schlacht gewinnen wir,“ heißt es im Lied von TonSteineScherben, das auch bei so manchen Demos, wie z.B. im Bildungsstreik, zu hören ist. Auch in der christlichen Vorstellungswelt ist die Idee vom Endkampf und dem letzten Sieg weit verbreitet. Besonders das Buch der Offenbarung, das mit seiner bildreichen Sprache die Bibel abschließt, bietet hierfür viel Material: Ein Endkampf wird beschrieben, bei dem die große Hure, ein Bild für das römische Imperium, verurteilt wird (19,2) und das Tier – Bild für die ideologischen Mächte des Imperiums – lebendig in einen Feuersee geworfen wird, der mit Schwefel brennt (19,20), während Gott wie ein Heeresführer das Reich einnimmt (19,6). Die Offenbarung sollte eine Quelle des Widerstands in einer extremen Unterdrückungssituation sein und hat verfolgte christliche Gemeinden dazu ermutigt, sich der Macht des römischen Imperiums zu entziehen.

Manchmal scheint diese fantastisch-gewaltreiche Sprache die einzige Möglichkeit, wie wir mit den unbe-

greiflichen Geschehnissen, die in National- oder Weltpolitik vor sich gehen, umgehen können. Die Umwälzungen des 80-Milliarden-Sparpakets, die innerhalb kürzester Zeit durch das Kabinett liefen, sind für mich ein Paradebeispiel. Öffnet da nicht erst der Schritt, die „Feinde“ zu benennen, die Perspektive, gegen sie anzukämpfen, etwa gegen die „große Hure des Finanzdiktats“ oder das „große Tier des Lobbyismus“?

Dass die christliche Tradition mit ihrer Kampf-Metaphorik viel Schaden angerichtet hat, wird niemand bestreiten. Doch zugleich sehen viele Befreiungsbewegungen nur eine militärische Sprache als ihrem „Kampf“ angemessen an. Während eine solche Sprache für die *Mobilisierung* durchaus Vorteile hat, ist sie in ihren Wirkungen oft gefährlich. Gefährlich ist sie, weil sie damit oft unbewusst die kriegerische Sprache verstärkt, die unsere Alltagssprache von *Zielgruppe* bis *impact* durchzieht, und so abstumpft für *Kollateralschäden*. Gefährlich ist sie für eine Bildungsbewegung, die letztlich den Konkurrenzkampf überwinden und gemeinschaftlichem Lernen den Vorzug geben will. Gefährlich, wenn nicht gesehen wird, dass auch emanzipatorische Bewegungen zu repressiven Gruppierungen werden können. Möglicherweise kann man die gefährlichen Bilder nie ganz hinter sich lassen, wenn man noch handlungsfähig im Widerstand bleiben will. Wichtig ist es dann, zu erinnern, dass es nicht darum geht, eine Gegenmacht aufzubauen, sondern gegen Macht einzutreten.

von Bernhard Offenberger

IMPRESSUM... der UN!MUT
Zeitschrift [an] der Uni Heidelberg

Ausgabe 04/2010. Nr. 205 vom 14. Juni 2010.

Redaktion: Nina Marie Bust-Bartels (nbb), Katrin Finkenrath (kf), Christopher Laumanns (cl), Janina Reibold (jr), Yannick Zundl (yz).

Titelfoto: Mike Haufe (flickr.com)

Auflage: 3000. Unidruckerei.

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich. Unterstützt vom »AStA« (nicht verfasst), AlbertÜberle-Str 3–5, 69117 Heidelberg, Tel. 06221-542456.
eMail: unimut@urz.uni-heidelberg.de

Ineffektiv und zeitaufwendig?

Umweltschutz an der Uni

Still und heimlich ging sie vor sich, die Abschaffung der Umweltschutzkommission des Senats. Spontan, ohne die Beteiligten im Vorfeld zu informieren, schlug der Rektor in der Senatssitzung am 13. April vor, diesem Gremium ein Ende zu bereiten. Ineffektiv und zeitaufwendig sei es! Zudem bringe es Unmengen an Arbeit mit sich - kurz und knapp: es passte nicht in das Konzept einer „unternehmerischen Hochschule“! Böse Zungen mögen behaupten, eine Kommission, die sich über Statusgruppen hinweg mit Umweltschutz auseinandersetzt, sei nicht zeitgemäß.

Stutzig werden die meisten Studierenden hier jedoch anmerken: „Umweltschutzkommission? Nie gehört!“ Unserem Rektor ging es vermutlich genauso, wohnte er doch nie einer Sitzung bei. Seine Amtszeit begann nämlich just, als sie zuletzt getagt hatte: im Oktober 2007. Und sie hätte auch inzwischen gar nicht tagen können, denn aus der Gruppe der ProfessorInnen waren gar keine Wahlvorschläge gekommen. Vermutlich hatten sie Angst vor der vielen Arbeit...

Der Umgang mit diesem Gremium seitens der Hochschulleitung ist bezeichnend für den Stellenwert, den der Umweltschutz an der ach so exzellenten Ruperto Carola einnimmt.

Als Ersatz für die dialogorientierte Kommission soll nun einE UmweltschutzbeauftragteR eingesetzt werden - wann und mit welchen Befugnissen ist jedoch unklar. Viele befürchten, diese Stelle werde genauso untergehen wie die des so gut wie unbekanntes Energiebeauftragten, der bisher eigentlich nur durch eine Energieeinspar-Kampagne mit dem nachdenklich stimmenden Titel „Schalt dich ein“ in Erscheinung trat. Ob der Umweltschutz auf der Strecke bleibt, liegt nun an der Hochschulleitung.

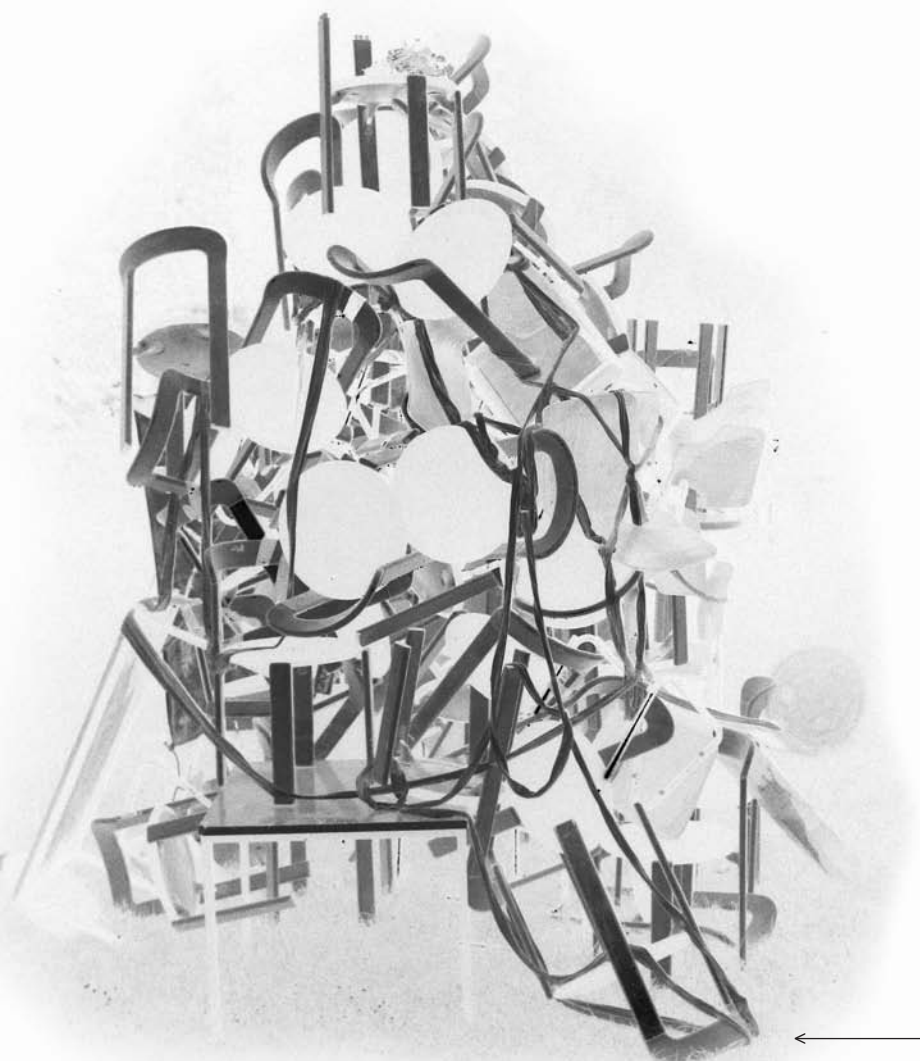
Zahlreiche Studierende wollen sich jedoch nicht mit Hoffen und Warten abfinden und kamen als Reaktion auf die Abschaffung der Kommission zusammen. Mit Blick auf die Einsetzung des/der Umweltschutzbeauftragten wurde begonnen, einen Forderungskatalog aufzustellen. Er soll als Gesprächsgrundlage mit der Hochschulleitung und -verwaltung dienen und auf eklatante Mängel und Handlungsbedarf in Sachen Umweltschutz aufmerksam machen.

Neben der Forderung nach mehr Transparenz, z. B. durch einen jährlichen Umweltbericht, soll auf einen Wechsel der Uni auf Ökostrom hingewirkt werden - am besten zusammen mit dem Energiebeauftragten. Auch die Verwendung von Ökopapier oder die Berücksichtigung ökologischer Kriterien bei Gebäudesanierungen oder Neubauten stehen bisher auf der Liste. Außerdem ist ein Schwerpunkt auf dem Verkehrssektor gewünscht, z.B. mit einer Fahrradkampagne und der Teilnahme am

bundesweiten autofreien Hochschultag. Mit ihrem Engagement und dem Forderungskatalog wollen sie der Hochschulleitung klarmachen: Umweltschutz ist keine Nebensächlichkei, die man getrost ignorieren kann. Er ist vielmehr eine Notwendigkeit, gerade für eine Hochschule, die ihrem Motto „Zukunft. Seit 1386“ gerecht werden will und ihre Verantwortung in der Gesellschaft ernst nimmt.

An einem weiteren Treffen am 28. Juni, um 19.30 Uhr im ZFB besteht die Möglichkeit, weitere Ideen und Anliegen einzubringen, sich mit anderen Gruppen zu vernetzen und gemeinsam den Umweltschutz an der Uni voranzubringen! Unterstützer sind bislang die FSK, Unisolar, Greenpeace Rheinneckar, die Heidelberger Gruppe der Initiative Klimagerechte Hochschule und die Grüne Hochschulgruppe. Fragen und Vorschläge gerne an heidelberg@klimagerechte-hochschule.de

von Daniel Kanzleiter



Studierendenvertretung wird reformiert

StuRa soll Fachschaften und Hochschulgruppen zusammenbringen

Am 29. Juni sind die Studierenden der Uni Heidelberg wieder aufgefordert ihre Studierendenvertretung zu wählen. Auch wenn die Wahlbeteiligung mit 17 Prozent bei den Wahlen 2009 deutlich über den Beteiligungsraten der vergangenen Jahre lag, zeigt sich hier ein eher geringes Interesse der Studierenden an den institutionalisierten Mitbestimmungsmöglichkeiten an der Uni Heidelberg. Diese sind im Landeshochschulgesetz und der Grundordnung der Universität auch eher minimalistisch gehalten. Die geringe Wahlbeteiligung wird, je nach Interessenslage, auf generelles politisches Desinteresse der Mehrheit der Studierenden, oder auf einen Mangel wirklicher Mitsprache und -gestaltungsmöglichkeiten zurückgeführt. Des Weiteren bestehen Zweifel, ob die improvisierten Wahllokale überhaupt noch Kapazitäten haben, mehr als den ca. 4200 Studierenden, die im vergangenen Jahr ihre Stimmen abgaben, eine Wahrnehmung ihres Stimmrechts zu ermöglichen.

Gewählt werden am 29. Juni GremienvertreterInnen sowie die Zusammensetzung des Allgemeinen Studierendenausschuss AStA, der sich jedoch seit dem Verbot Verfasster Studierendenschaften Ende der 70er Jahre nicht politisch äußern darf und somit keine Interessenvertretung der StudentInnenschaft sein kann. Daher hat der AStA in den vergangenen Jahrzehnten die Aufgabe der Studierendenvertretung der Fachschaftskonferenz (FSK) übertragen. Nach der Wahl 2009 haben sich die parteipolitischen Hochschulgruppen (GHG, Jusos, RCDS, JuLis) gegen die FSK als Studierendenvertretung entschieden und mit dem neu geschaffenen „vorläufigen Finanzausschuss“ (vFa) den AStA tagen lassen.

Fast ein Jahr nach Gründung des vFa soll nach den kommenden Wahlen die Studierendenvertretung wieder durch die Fachschaften organisiert werden. Die Grüne Hochschulgruppe und die Jusos haben festgestellt, dass eine Studierendenvertretung ohne die Fachschaften nicht zu leisten ist. Sind doch die Fachschaften durch die zahlreichen Arbeitskreise und die direkten Verbindungen zu den Studierenden in den einzelnen Fächern, was Vernetzung, Wissen, und die Anzahl engagierter Studierender angeht, besser aufgestellt. Andererseits hat auch die FSK erkannt, dass eine Weiterentwicklung ihrer Struktur dringend notwendig ist, um eine bessere Einbindung derer zu gewährleisten, die sich in die bisherige Struktur nicht einbringen (können).

Die Debatten um verbesserte Mitbestimmung der Studierenden im Anschluss

an den Bildungstreik im letzten Sommersemester in der AG Studentische Mitbestimmung lösten auch eine Diskussion über eine Reform der Heidelberger StudentInnenvertretung aus. Da das Rektorat die studentische Repräsentation in den Gremien jedoch eher als dekoratives Element betrachtet, konzentrieren sich die Pläne nun auf eine Reform innerhalb der bestehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Seit einigen Monaten gibt es regelmäßige Gespräche zwischen VertreterInnen der FSK und der Grünen Hochschulgruppe, in geringem Maße beteiligten sich auch Jusos, JuLis und RCDS. Ziel ist die Ausarbeitung einer Satzungsänderung der FSK, die dann auch in „Studierendenrat“ (StuRa) umbenannt werden soll. Im neuen StuRa bekommen nach jetzigem Stand der Gespräche alle Fachschaften automatisch einen Sitz und eine Stimme. Um dem sich auch in den Wahlergebnissen niederschlagenden Wunsch einiger Studierender, sich von Hochschulgruppen der Parteien vertreten zu lassen, innerhalb der Struktur einer einheitlichen Studierendenvertretung gerecht zu werden, sollen auch die Hochschulgruppen stimmberechtigte RepräsentantInnen im StuRa erhalten. Die Anzahl soll sich, bei einer Mindestbeteiligung von vier Sitzen, nach einmal im Jahr stattfindenden Wahlen richten, bei denen nur die parteipolitischen Hochschulgruppen antreten. Hierbei würde eine Wahlbeteiligung von 100% den Hochschulgruppen genauso viele Sitze im StuRa beschere wie den Fachschaften.

Darüber hinaus sollen Elemente der Mitbestimmungskonzeption Liquid Democracy (Siehe Un!mut Nr. 202) in den StuRa integriert werden. Hierdurch soll einem größeren Teil der Studierendenschaft eine aktive Beteiligung an Hochschulpolitik ermöglicht werden. Auf einer Internetplattform können sich die Studierenden dann mit ihrer URZ-Kennung einloggen, um sich direkt an Entscheidungen zu beteiligen. Jede und jeder kann sich bei jedem Thema frei entscheiden, ob sie oder er direkt über die einzelnen Punkte abstimmen möchte oder die eigene Stimme delegieren möchte.

Geplant ist, die Satzung des StuRa am 20. Juli in den Senat einzubringen. Der Wahlausgang Ende Juni wird sich insofern auf den Ausgang der Gespräche um den neuen Studierendenrat auswirken, als dass das Kräfteverhältnis der parteipolitischen Hochschulgruppen und der FSK die Verhandlungsposition der Interessengruppen stärken oder schwächen kann. Eine Umsetzung des StuRa gilt jedoch als sicher, da sich sowohl Grüne als auch FSK für eine Umsetzung aussprechen – unabhängig davon, ob die FSK auch ohne die Hochschulgruppen der Parteien finanziell handlungsfähig sein wird, also die absolute Mehrheit der AStA-Sitze erhalten wird, oder nicht.

Widersetzen

Eigentlich mag ich meinen Job, auch wenn sich jeder Arsch auf mich drauf setzt. Auf jeden Fall habe ich nie um meine Frühverrentung gebeten. Doch eines Tages fand ich mich mit unzähligen meiner LeidensgenossInnen in einem stinkenden Container vor der Universität wieder, noch voller Saft und Kraft, aber ausrangiert, abgelehnt, achtlos aufeinander geworfen. Wie vielen Menschen hätten wir noch Freude und Entspannung bereiten können! Doch nun lagen wir da, moderten vor uns hin und konnten niemandem mehr eine Stütze sein.

Doch dann wurden wir befreit! Eine Gruppe Studierender widersetzte sich der Wegwerflogik ihrer Alma Mater. Mit ihnen erlebten wir Unglaubliches: Eine Woche voller Workshops, Konzerte und gemeinsamen Lebens. Wir liefen zu Höchstform auf und trotzten jedem Wetter – natürlich konnten wir uns auch am Lagerfeuer aufwärmen. Wir lauschten den Diskussionen der auf uns sitzenden und lernten, dass auch sie unter der Funktionsweise der Universität zu leiden haben: Ich hab's nicht ganz verstanden, aber scheinbar müssen sie zum Schein studieren.

Leider ging auch diese Zeit vorbei. Doch statt uns schnöde auf den Müllhaufen der Universitätsgeschichte zu verbannen, veredelten die Campus CamperInnen unseren Abgang in einem leidenschaftlichen Kunstwerk, um unsere Verschwendung anzuklagen!

von N.C. Stuhl

nbb

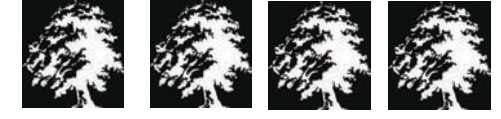
Polizei muss Corpsbrüder schützen

Mit einem pompösen Fest feierte das Corps Suevia vom 3. bis 6. Juni sein 200jähriges Bestehen. Oberbürgermeister Eckart Würzner, Alter Herr des Corps, hatte in diesem Rahmen einen offiziellen Empfang der Suevia im Rathaus geplant. Desweiteren veranstaltete die Stadt Heidelberg während des Stiftungsballs auf dem Heidelberger Schloss eine Schlossbeleuchtung. Auch Rektor Bernhard Eitel hielt anlässlich des Festaktes zur Totenehrung auf dem Corpshaus eine Ansprache.

Zahlreiche Gruppen machten bereits im Vorfeld auf hierarchische, nationalistische und sexistische Struktu-

ren des Corps aufmerksam und riefen anlässlich des von OB Würzner organisierten Empfangs für die Suevia zu einer Kundgebung auf. Die Stadt sagte daraufhin die Veranstaltung ab und begründete dies damit, dass die Polizei „Sicherheitsbedenken“ habe. Das weitere Programm der Suevia fand unter Polizeischutz statt. So musste bei einer Neckarschiffahrt des Corps die Polizei die Brücken sichern und mit Booten zu Wasser für einen reibungslosen Ablauf Sorge tragen. Einigen KritikerInnen gelang es trotzdem ein Transparent auf der alten Brücke zu entrollen, dessen Aufschrift „Sexismus, Rassismus, Nationalismus waren schon immer eure Stärke“ von den Corpsbrüdern auf dem Schiff bejubelt wurde.

nbb



Müssten der Stadthallenerweiterung 50 Bäume weichen? Oder doch "nur" 37?

BIEST gewinnt?!

Teilsieg für BürgerInneninitiative im Streit über umstrittenes Bauprojekt

Trotz diverser, mitunter absurd anmutender Debatten über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens – die von der Stadt mit Hilfe einer Stuttgarter Anwaltskanzlei in Frage gestellt wurde – können die Heidelberger Bürger und Bürgerinnen am 25. Juli 2010 nun selbst über den Standort des geplanten Kongresszentrums entscheiden. Denn durch die positive Abstimmung des Gemeinderates am 20. Mai ist der Bürgerentscheid beschlossene Sache und jede und jeder hat Ende Juli selbst die Möglichkeit über die folgende Frage abzustimmen: „Soll die Stadt Heidelberg einen Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle errichten?“

Dies verdanken die HeidelbergerInnen der Arbeit der BürgerInitiative Erweiterungsbaustopp (BIEST), die bis Ende April ca. 21 000 Unterschriften gegen den geplanten Anbau an die alte Stadthalle sammelte. Nach der offiziellen Auszählung der Stimmen, bei der genau 18 038 Stimmen für gültig erklärt wurden, und somit die nötige Schwelle von 10 000 Stimmen für ein erfolgreiches Bürgerbegehren bei Weitem überschritten wurde, versuchte man auf Seiten der Stadt die Zulässigkeit der Unterschriftenaktion in Frage zu stellen.

So wurde mit Hilfe einer extern beauftragten Anwaltskanzlei bezweifelt, dass BIEST mit aufrichtigen Argumenten um Unterschriften gegen das Bauprojekt geworben habe. Konkret wurde den AktivistInnen vorgeworfen, mit falschen Fakten gegen die Stadthallenerweiterung Stimmung gemacht zu haben. Beispielsweise würde das neue Kongresszentrum nicht – wie BIEST behauptete – dem Tourismus schaden, sondern ihn vielmehr fördern. Auch über die Länge des Baus hätte BIEST laut Rechtsgutachten Unwahrheiten verbreitet. Schließlich würde der Gesamtbau nur eine Länge von 174 Metern erreichen und nicht „circa 200 Meter“, wie von BIEST behauptet. Den Gipfel der Spitzfindigkeiten erreichte die Debatte wohl, als über die genaue Anzahl der für den Anbau abzuholenden alten Bäume gestritten wurde. So habe BIEST diese mit 50 beziffert, während die Stadt bei ihrer Zählung nur auf 37 kam. Die Divergenz erklärt sich laut BIEST über die Frage, inwieweit auch Baumrodungen für neu zu schaffende Parkmöglichkeiten mitgezählt werden müssten.

Letztendlich scheint aber nicht entscheidend zu sein, wessen Argumentation nun genauer war, wie viele Bäume dem neuen Gebäude nun wirklich weichen müssten oder welche Länge das ganze Projekt nun tatsächlich erreichen würde. Viel wichtiger scheint doch zu sein, dass gut zwanzig Prozent der Heidelberger Wahlberechtigten mit dem Bauvorhaben an sich nicht einverstanden sind und ihnen nun, durch die direkte Abstimmung am 25. Juli, eine Chance zur Einflussnahme gegeben wird.

In der Sackgasse?

Wachstum vs Schulden und der politisch schwierige Ausweg des Bankrotts

Viel wurde in letzter Zeit über Griechenland, Spanien und das Thema Staatsverschuldung geschrieben, wobei es dabei oft um die Rolle Deutschlands ging. Johannes Schneeweiß meint, dass einige Aspekte auf der Strecke blieben, was ihn dazu bewog, im Folgenden die Zusammenhänge alternativ nachzuzeichnen und einige Thesen zu formulieren.

Auf dem eingeschlagenen Weg wird Griechenland nicht zu „retten“ sein. Die bisherige Entwicklung der Krise weist viel eher darauf hin, dass eines der Ereignisse Bankrott, Umschuldung oder Euro-Austritt irgendwann eintreten muss. Viele BeobachterInnen zweifeln deshalb daran, dass die Finanzspritzen und die Sparprogramme Griechenland aus der Krise bringen. Zwar würde der Bankrott aufgeschoben, die Wirtschaftskrise aber noch verstärkt.

Genau diese Sackgasse wurde vergangene Woche auch Spanien aufgezeigt. Die Ratingagentur Fitch senkte die Bonität Spaniens mit der keynesianischen Begründung, das spanische Sparprogramm zur Senkung der Neuverschuldung würde das Wachstum bremsen. Eine Rückzahlung der Kredite werde dann unwahrscheinlicher. EU und IWF (Internationaler Währungsfond) lobten dagegen die Sparmaßnahmen, weil damit das Problem des hohen Staatsdefizits angegangen werde. Auch ohne Sparprogramm wäre eine Bonitätssenkung sehr wahrscheinlich gewesen, dann jedoch mit dem Argument: „Die Schulden Spaniens steigen so schnell, dass eine Rückzahlung der Kredite immer unwahrscheinlicher wird.“ In dieser Sackgasse befinden sich nicht nur Griechenland, Spanien und Portugal. Auch Rumänien „musste“ Ende Mai die vom IWF diktierten Sparmaßnahmen akzeptieren, um an einen Notkredit von 20 Mrd. € zu kommen. Manch eineR spekuliert bereits darauf, dass auch das Land mit der höchsten Auslandsverschuldung – die USA – in Zukunft vor ähnlichen Problemen stehen könnte. Aber die USA haben nicht nur die Möglichkeit, das Schuldenproblem über die Geldpresse (Inflation) zu beheben, sondern auch die eines machtpolitisch abgesicherten Staatsbankrotts.

Einen Bankrott, dessen Vorgeschichte viele Fachleute mit derjenigen Griechenlands vergleichen, gab es 2001. Mit einem Spardiktat des IWF wären die negativen sozialen Auswirkungen vermutlich noch verheerender gewesen als ohnehin schon. Argentinien hörte jedoch nicht auf den IWF, stellte den Schuldendienst ein und in der Folge mussten die GläubigerInnen auf 70% ihrer Forderungen verzichten. Gerade dadurch, dass Argentinien die Ratschläge des IWF nicht befolgte, sondern einen eigenen Weg einschlug, erholte sich die argentinische Wirtschaft schnell. Deshalb

werden internationale AnlegerInnen ihr Geld schon bald wieder an Argentinien verleihen, womit die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, dass das Land irgendwann wieder in die Situation von 2001 kommt.

Warum wurde die Option „Bankrott mit anschließender Umschuldung“ im Fall Griechenland nicht wirklich diskutiert? Im Falle eines Staatsbankrotts müssen Gläubiger Forderungen (Vermögen) teilweise oder ganz aufgeben, weil der bankrotte Staat die Kredite nicht mehr bedient. Griechische Staatsanleihen wären dann ebenso viel wert wie Aktien der Pleitebank Lehman Brothers. Da Vermögen und deren „systemrelevante“ Verwalter, die Banken, unbedingt geschützt werden müssen (was mehrere Gründe hat), wird sich der Staat einer erneuten Bankenrettung kaum entziehen können. Dass die EZB das Tabu des Kaufs von (wertlosen) Staatsanleihen gebrochen hat, ist schon ein Teil dieser Rettung.

Mit einem griechischen Bankrott einher gingen nicht nur erhöhte Ausgaben zur Rettung von (deutschen) Banken, sondern ebenso verminderte Einnahmen und mehr Arbeitslosigkeit durch einen Einbruch der Nachfrage und weniger Export. Da auch Deutschland alles tut, um die Wirtschaftskrise durch Wachstum zu überwinden (per „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“) und das eigene Schuldenproblem in den Griff zu bekommen, musste die Option Bankrott schnell vom Tisch.

Die getroffenen Maßnahmen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit Griechenlands gegenüber seinen GläubigerInnen gehören in der Summe zu jenen politischen Entscheidungen, die Gewinne individualisieren und Verluste sozialisieren. Dass damit kurzfristigen und nationalen Interessen gedient wurde anstatt Griechenland, hat nicht vorwiegend mit „unsozialen“ PolitikerInnen zu tun, sondern mit dem immanenten Interesse unseres Wirtschafts- und Demokratiesystems an kurzfristiger wirtschaftlicher Stabilität.

Das Problem der Staatsverschuldung gibt es, seitdem der Staatskredit erfunden wurde und wird uns, vor allem im Lichte immer geringerer Wachstumsraten, auch weiterhin beschäftigen. Noch besteht ein politisch abgesicherter Anspruch auf Privateigentum, auch auf Finanzvermögen, die ungeachtet des Risikos (z.B. Staatsanleihen) und der Verwerflichkeit des Anlageobjektes (z.B. Waffenproduktion) angelegt wurden. Im Falle der Staatsanleihen spricht einiges dafür, dass einige der OECD-Staaten Bankrott gehen und der erwähnte Anspruch verschwindet. Im Falle der Waffenproduktion sind wir leider weit vom Ideal entfernt, auch mit „unseren Vermögen“ Verantwortung zu übernehmen.

von Johannes Schneeweiß



Sexismus erkannt, Sexismus gebannt?

Warum nicht-sexistisches Verhalten schwieriger ist als wir denken

Im Alltagsgebrauch wird Sexismus häufig als Synonym für sexuelle Belästigung verwendet. Doch hinter dem Begriff Sexismus verbirgt sich mehr als „Angrabschen“, „Betatschen“ oder anzügliche Bemerkungen. Es existieren sexistische Strukturen auf der Makroebene, die sich im institutionellen Gefüge niederschlagen. So führt beispielsweise die Koppelung von Sozialversicherungsleistungen an Einkommensniveau und Beschäftigungsdauer dazu, dass Frauen auf Grund ihrer unbezahlten Familienarbeit sowie unterbrochener Erwerbsläufe geringere Leistungen in Anspruch nehmen können. Hinzu kommt, dass Frauen im Vergleich zu Männern auf dem geschlechtssegregierten Arbeitsmarkt häufiger mit prekären Beschäftigungsverhältnissen zu kämpfen haben. Durch den Gender Pay Gap wird dieses Missverhältnis zusätzlich verschärft: Im Bundesdurchschnitt fällt der Verdienst von Frauen 23 Prozent niedriger aus als bei Männern (Stand 2009, Bundesfamilienministerium).

Die sexistische Diskriminierung besteht weiter in gesellschaftlichen Normen der Beziehungsführung, die auch gesetzlich eine Benachteiligung anderer Beziehungsformen als die der Ehe festschreiben. Neben steuerlichen Vergünstigungen für EhepartnerInnen beruht die gesamte Konzeption unseres Sozialstaates auf der klassischen Versorgungsehe. Diese sieht zwar den Mann nicht mehr als alleinigen Familienernährer vor, da doppelte Einkommen für die Sicherung des familiären Lebensstandards notwendig geworden sind. Doch führen die geringeren Rentenansprüche der Frau im Alter dazu, dass die Frau darauf angewiesen ist, dass ihr Ehemann mit Hilfe seiner Rente ihre strukturelle Benachteiligung im Sinne einer späten Versorgungsehe ausgleicht.

Die sexistische Struktur unseres institutionellen Gefüges spielt zusammen mit internalisierten Sexismen auf privater Ebene, die sich in Form von geschlechtsstereotypen Rollenerwartungen in vielfältigen Prozessen der Interaktion auf der Mikroebene zeigen. Von Menschen werden wegen ihres Geschlechts bestimmte Verhaltensweisen erwartet, die auf gesellschaftlichen Vorstellungen vom „Weiblichen“ oder „Männlichen“ beruhen. Diese Stereotype schränken die Handlungsfreiheit ein, abweichendes Verhalten wird sanktioniert. Dabei ist eine Täter/Opfer-Zuordnung überhaupt nicht möglich; denn es wirken Fremderwartungen und Selbstzuschreibungen so subtil, dass eine vermeintlich freiwillige Anpassung erfolgt – etwa bei Reparaturarbeiten, Kochen, Modebewusstsein, Dominanz und Sensibilität. Problematisch sind geschlechtsstereotype Rollenerwartungen deswegen, weil sie eine Hierarchisierung des Geschlechterverhältnisses mit sich bringen.

Biologischer Determinismus als Rechtfertigungsstrategie

Obwohl die Unterschiedlichkeit von Mann und Frau nur auf geschlechterdifferente Sozialisation zurückzuführen ist, wird dieses Phänomen unter Rückbezug auf biologisch-natürliche Kategorien erklärt. Vermeintliche Differenzen in Verhaltensweisen und Fähigkeiten werden auf diese Weise naturalisiert.

Wirkungsmacht konnten sexistische Biologismen deswegen entfalten, weil der naturwissenschaftliche Diskurs seit Beginn der Neuzeit unser Weltverständnis strukturiert. Als Frauen begannen ihre untergeordnete Stellung zu hinterfragen, diente die Naturalisierung von kulturellen Konstrukten dazu, die „weibliche Unterlegenheit“ zu beweisen. Pierre Bourdieu beschreibt dies in *Die männliche Herrschaft* als „zirkelhaftes Kausalverhältnis“. Ganze Forschergenerationen arbeiteten sich daran ab, empirisch nachzuweisen, dass die Frau von Natur aus dem Manne untergeordnet sei.

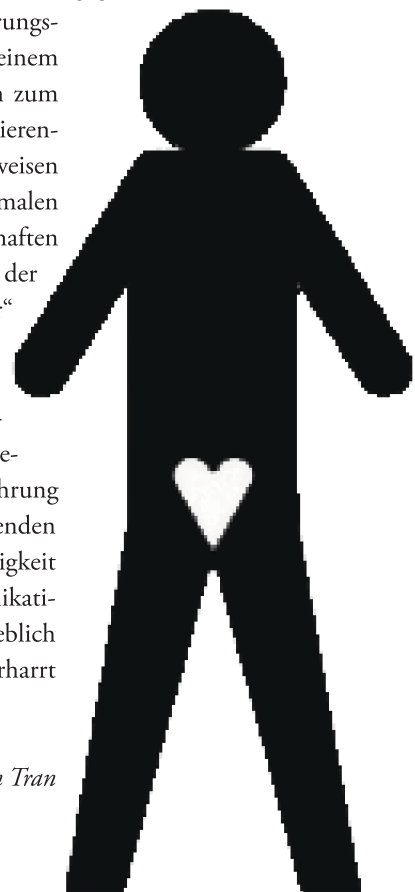
Verbreitung findet dieser biologische Determinismus heute noch in den Büchern von Alan und Barbara Pease. Ihr Buch *Wieso Männer nicht zuhören und Frauen schlecht einparken können* erschien mit einer Gesamtauflage von mehr als 10 Millionen Exemplaren. Das Ehepaar Pease erklärt darin mit populärwissenschaftlichem Anspruch, dass Frauen und Männer gar nicht anders sein können, als ihr biologisches Geschlecht es vorgibt. Sie belegen dies mit selbst durchgeführten Studien und verweisen auf Erkenntnisse der Neurowissenschaften.

Dabei berücksichtigen Pease und Pease nicht, dass bereits das Design ihrer Studien die Ergebnisse vorwegnimmt. Gehen sie doch in ihren Fragestellungen bereits von einer Unterschiedlichkeit von Mann und Frau aus, die sie monokausal auf evolutionär entstandene biologische Differenzen zurückführen. Hierbei lassen sie außer Acht, dass feststellbare Verhaltensunterschiede durch identitäre Selbst- und Fremdzuschreibungen entstehen. Diesen Denkfehler begeht das Ehepaar auch bei der Interpretation der Ergebnisse aus der Hirnforschung. Sie beachten nicht, dass unterschiedliche Gehirnstrukturen auf individuelle Lebenswege zurückzuführen sind und die Entwicklung der Synapsenverknüpfung nicht durch Hormone vorgegeben ist.

Bei der Analyse von sexistischen Erklärungsmustern fällt auf, dass ein Sexismus, der auf einem biologischen Determinismus fußt, Analogien zum Rassismus aufweist. Ebenso wie der biologisierende Sexismus zeichnen sich rassistische Denkweisen dadurch aus, dass von körperlichen Merkmalen auf vermeintliche charakterliche Eigenschaften geschlossen wird. Den Vorstellungen von der „schwarzen Seele“, dem „jüdischen Charakter“ und dem „Ewigweiblichen“ liegt die selbe Logik zu Grunde.

Ebenso wenig wie der Gegenrassismus keine Lösung sein konnte, führt auch ein Gegensexismus in eine Sackgasse. Eine bloße Umkehrung der Hierarchieverhältnisse behält die bestehenden Kategorien und die Logik der Ungleichwertigkeit bei. Die vermeintlich männliche Kommunikationsunfähigkeit anzuprangern und die angeblich weibliche Teamfähigkeit herauszustellen, verharrt weiterhin in sexistischen Denkmustern.

von Nina Marie Bust-Bartels und Jasmin Tran



Sexism sells

Die wunderbare Werbewelt perfekter Hausfrauen und erfolgreicher Businessmänner

Wer durch die Stadt geht, kann sich sexistischen Plakaten und Slogans nicht entziehen. Auch in Kino, Fernsehen und Hörfunk begegnen uns putzende Hausfrauen und erfolgreiche Geschäftsmänner, besorgte Mütter und grillende Väter. Sexistisch ist diese Werbepaxis deswegen, weil geschlechtsspezifische Rollenbilder aufrechterhalten werden. Diese Rollenverteilung geht stets mit einer Hierarchisierung des Geschlechterverhältnisses einher. So werden Frauen vor allem in Dienstleistungs- und Assistenzpositionen (etwa als Sekretärin, Telefonistin oder Stewardess) dargestellt, während Männer in Chefpositionen, als Experten (zum Beispiel als Arzt oder Forscher) und seriöse Berater (wie in Finanz- oder Versicherungsfragen) auftauchen. Weiter zeigt sich die Hierarchisierung in Darstellungen, die auf einer Abhängigkeit der Frau vom Mann beruhen. In einer Werbung der Sparkasse wird beispielsweise auf ein ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis rekurriert, das stereotyp für Paarbeziehungen angenommen wird: Die Frau verprasst das Geld des Mannes. Auf dem Plakat ist ein entnervter Mann zu sehen, der seiner shoppenden Frau die Einkäufe hinterherträgt, darunter der Slogan „Wie Ihr Geld weniger wird, wissen Sie selbst. Wie es mehr wird, erfahren Sie bei uns.“

Eine andere Facette der ungleichen Geschlechterverhältnisse in der Werbedarstellung ist die normierte Darstellung des Frauenkörpers. In der überwältigenden Mehrheit sind langbeinige superschlanke Models zu sehen, die mit strahlend weißen Zähnen und makelloser Haut aufwarten können. Dass diese im wahrsten Sinne des Wortes über-natürliche Schönheit nur durch Photoshop zu erreichen ist, spielt in der Wahrnehmung kaum eine Rolle, wichtig scheint nur zu sein, mit allen Mitteln so nahe wie möglich an dieses fragwürdige ästhetische Ideal zu kommen. Der Frauenkörper wird zum manipulierbaren Objekt, das durch Sport, Ernährung und Kosmetika zu optimieren ist. In den letzten Jahren wurde auch der Männerkörper zunehmend dieser Körperpolitik unterworfen. Zurückzuführen ist dies vor allem darauf, dass der Markt der Schönheitsprodukte für Frauen weitestgehend ausgeschöpft ist. Durch die Vermarktung eines neugeschaffenen Ideals des Männerkörpers wurde eine weitere Zielgruppe geschaffen.



Titelbild des neusten Geschlechterratgebers von Allan & Barbara Pease *Warum Männer immer Sex wollen und Frauen von der Liebe träumen*.

Ziel des Buches ist es, durch die Aufklärung über biologisch bedingtes Paarungsverhalten die Beziehungsführung zu erleichtern: Im Zuge des evolutionären Auftrags will der Mann seinen Samen möglichst weit verbreiten, wohingegen die Frau sich für den Nestbau Zärtlichkeit und Sicherheit wünscht. In dieser Sicht auf Sexualität wird geschlechterdifferentes Sexualverhalten konstruiert und naturalisiert.

Auch wenn eine Angleichung im Druck zur Körperoptimierung stattfindet, bedeutet dies keineswegs eine Veränderung der zugrunde liegenden Geschlechterrollen. So wird oft eine Abhängigkeit der Frau vom handwerklichen Können und professionellen Rat des Mannes dargestellt sowie auf körperlicher Ebene ein Ausgeliefertsein der Frau auf Grund ihrer Schwachheit gezeigt. Deutlich wird dies durch ihre meist unsichere Stehposition, bei der ihr Gewicht nur auf einem Standbein ruht, während der Mann mit beiden Beinen fest getradet steht. Die Frau ist das Objekt, das vom starken Mann gestützt, beschützt oder in die Luft gehoben wird. Dies zeigt sich anhand der Gestik und Mimik der dargestellten Personen, während die Frau zum Manne hoch blickt, welcher wiederum seinen Blick auf die Welt gerichtet hat, legt dieser seinen Arm schützend um ihre Schulter. Bemerkenswert ist auch, dass die selbe Körperhaltung je nach Geschlecht unterschiedlich bewertet wird. Ein breitbeinig dasitzender Mann strahlt raumeinnehmende Dominanz aus, während eine Frau in gleicher Position sexuelle Assoziationen weckt.

Darüber hinaus ist der Frauenkörper oft nicht mit Gesundheit und Stärke konnotiert, sondern von Unzulänglichkeiten und Krankheiten betroffen. Angefangen bei Cellulitis über Kopfschmerzen bis hin zu Sodbrennen und Inkontinenz: Bei Werbung für medizinische Produkte werden meistens Frauen als Betroffene gezeigt.

Sexismus in der Werbung findet jedoch auch auf einer weiteren und sehr sichtbaren Ebene statt. Nach dem Motto „sex sells“ inszenieren Werbeagenturen den weiblichen Körper als ständig verfügbares Sexualobjekt. Dabei hat die (halb-)nackte Frau häufig weder einen direkten noch indirekten Bezug zum beworbenen Produkt. Exemplarisch hierfür ist eine großformatige Zeitschriftenwerbung, die eine kindlich-laszive, blond gelockte Frau mit halb geöffnetem Mund und auffordernd direktem Blick abbildet. Unterstützt wird die erotische Färbung durch die Unterschrift „You know you’re not the first.“ Es handelt sich hierbei um eine Gebrauchtwagenwerbung von BMW. Die Frau wird hier zuerst als Geschlechtswesen wahrgenommen und dann erst als Mensch.

Sexismus tritt in der Werbung als vielschichtiges und mitunter subtiles Phänomen auf, das weit über die Darstellung nackter Frauenkörper hinaus geht. Sexistisch wirkt Werbung bereits, wenn eine gegengeschlechtliche Version des Spots oder der Plakate zu Irritation und Verwirrung führt. Diese Umkehrprobe macht die Existenz und Wirkung von Rollenbildern sichtbar.

von Nina Marie Bust-Bartels und Jasmin Tran

Thailand am Scheideweg

Ist eine Eskalation unabwendbar?

Übersetzt aus dem Englischen von Yannick Zundl

Thailand droht zur Zeit zu zerbrechen. Noch nie war das Land so durch und durch zerrissen. Auf einer sehr grundsätzlichen Ebene spaltet sich die Gesellschaft an einem Mann: Thaksin Shinawatra. Im Jahr 2010, vier Jahre nach seinem Sturz durch einen Militärputsch, besitzt er noch immer eine Menge politisches Kapital im ganzen Land. Versuche, ihn zu inhaftieren, die Quellen seiner üppigen Finanzmittel auszutrocknen oder ihn gar zu beseitigen, sind bisher fehlgeschlagen. Von einer unbekanntenen Residenz im Ausland aus hat es Thaksin geschafft, mächtige und gut organisierte Unterstützer unter Tausenden von „Rothemden“-Demonstranten (Nationale Demokratische Front gegen die Diktatur) aufzubauen, sowie beste Verbindungen zu sich im Dienst wie im Ruhestand befindlichen Polizisten, Soldaten, Beamten, Politikern, Geschäftsleuten, und Leuten mit enormem Einfluss zu pflegen. Die demografische Verteilung seiner Anhänger reicht vom Norden Thailands über den Nordwesten und Teilen der Zentralebene. Seine Beliebtheit verdankt er in hohem Maße der Tatsache, dass er 2001, nach einem Wahlkampf mit einer Reihe populistischer Versprechen, diese nach der Wahl auch einhielt. So erarbeitete er sich eine treue und breite Anhängerschaft und die Bewunderung der überwiegend verarmten Landbevölkerung, die den Großteil der Wählerschaft ausmacht. Eine solche Basis bedeutet, dass Wahlergebnisse nach dem Prinzip „One Man – One Vote“ zu Thaksins Gunsten ausschlagen, denn ihn unterstützt die Mehrheit der Thailändischen Bürger. Thaksins immenses Aufgebot an Verbündeten in der Ämter-, Militär- und Geschäftswelt gibt seiner Macht eine weitere Dimension. Überdies macht ihn sein unschätzbare persönlicher Reichtum ohnehin sehr einflussreich. Und zu guter Letzt besitzt er ausgeprägtes Charisma und Taktgefühl.

Die Gegner Thaksins begannen 2005 gegen ihn aktiv zu werden, als sie realisierten, dass ihn seine politische Maschinerie zur mächtigsten Einzelperson im Land zu machen drohte – vielleicht sogar mächtiger als der Königspalast. Dafür schien es einige Belege zu geben, da Thaksin versuchte, die Gerichte mit seinen Weggefährten zu besetzen und sich rücksichtslos über die Verfassung hinweg zu setzen. Eine ironisch anmutende Anti-Thaksin-Koalition aus Liberalen und Royalisten wuchs zu einer besonders starken „Volkskoalition für Demokratie“ – der Gelbhemden-Bewegung.

Dr. Paul Chambers ist Forschungsbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg und dem Thai and Southeast Asian Studies Program an der Payap University in Thailand.



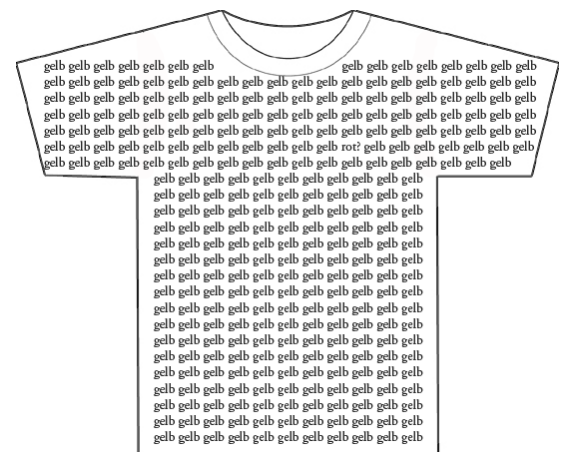
Der Aufstieg der „Gelbhemden“-Demonstranten und ihrer Gelbhemden-Verbündeten in den Streitkräften, die Entwertung der Unterhauswahlen vom April 2006, der Putsch vom September 2006, die Verfassung von 2007, die Weigerung des Militärs zwei Thaksin-geneigte Regierungen 2008 abzusichern sowie das Zutun der Streitkräfte die von den Demokraten geführte Regierung später in diesem Jahr zusammen zu stückeln, und die derzeitige Praxis des Militärs die Anti-Thaksin-Regierungscoalition zu stützen – all das sind Bestrebungen die sicherstellen sollen, dass Thaksin und seine Anhänger endgültig aus der politischen Landschaft gedrängt werden. Ein Bollwerk an Institutionen steht gegen den ehemaligen Premierminister.

Zum einen stimmten der Kronrat und das Königshaus aktiv in die Anti-Thaksin-Stimmungsmache ein. Zum zweiten spielten die Judikative sowie unabhängige Agenturen eine wichtige Rolle in der Auflösung der Pro-Thaksin-Parteien, in dem sie (fast ausschließlich) Pro-Thaksin gesinnte Politiker anklagten und verurteilten und die Anwendung von Gewalt gegen Pro-Thak-

sin Demonstranten legitimierten. Zum dritten hat die Queen's Guard-Fraktion, die derzeit das Militär dominiert, die Anti-Thaksin-Ausrichtung der Streitkräfte auf eine solide Basis gestellt. Zum vierten stehen zahlreiche Parteien, angeführt von den regierenden Demokraten, gegen Thaksin und seine Vertreter im Parlament. Und schließlich hat eine heftige Medienkampagne die Anti-Thaksin-Einstellung unter den Thais verschärft.

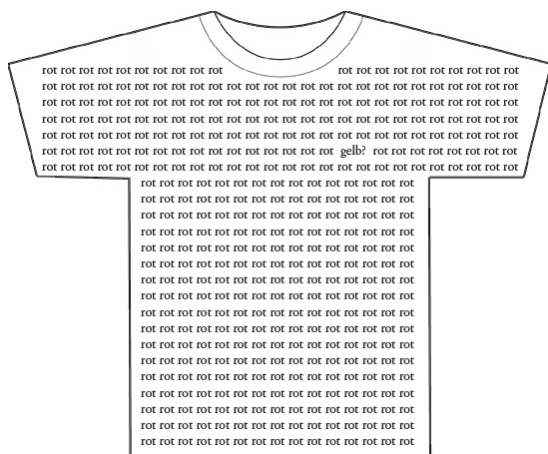
Die Ziele der Anti-Thaksin-Bewegung bleiben klar: Den ehemaligen Premierminister oder seine Vertreter davon abhalten, wieder das Land zu regieren oder die thailändische Politik zu beeinflussen. Aus ihrer Sicht stellt das sicher, dass ein gewählter autoritärer Machthaber nach dem Muster Hugo Chavez' keine Chance hat, das Land zu beherrschen. Zur gleichen Zeit garantiert es, dass keine politische Partei die Vorherrschaft des Monarchen antasten kann oder wird.

Die Ziele der Pro-Thaksin-Leute gestalten sich vielschichtiger. Auf der einen Seite fühlen sich Thak-



sin selbst und seine Getreuen durch seine militärische Amtsenthebung im Jahr 2006 verraten. Daher beanspruchen sie Legitimität im Volk, wieder ins Amt zurückzukehren. Auf einem niedrigeren Level drängen „Rothemden“-Demonstranten und ihre direkten Anführer auf drastische sozialökonomische Veränderungen im Sinne populistischer Maßnahmen, die der meist verarmten Mehrheit des Volkes auf dem Land helfen sollen. Und schließlich sind viele Polizei- und Militärbeamte über das verärgert, was sie als politisch motivierte Beförderungen sehen, welche dazu geführt haben, dass Beamte, die man verdächtigte, Thaksin-treu zu sein, auf einflusslose Positionen kaltgestellt wurden. Diese Ernüchterung hat zu Zwiespalt in Thailands Polizei und Militär geführt, der zumindest anfangs ihre Fähigkeit und ihren Willen, die jüngsten „Rothemden“-Demonstrationen aufzulösen, beeinträchtigte.

Beide Seiten im Thailändischen Konflikt vertreten Ziele, die ihre Berechtigung haben. Sicherlich mögen die Anti-Thaksin-Kräfte zum Wohle der Demokratie recht haben, die Errichtung einer Tyrannei Thaksins zu



fürchten – für den Fall, dass er die Macht wieder erlangt. Gleichzeitig, obwohl manche Rothemden-Führer (Thaksin inbegriffen) Demagogen sein mögen, bleibt ihre ideologische Sache berechtigt, was das Streben nach dringend notwendigen sozialökonomischen Verbesserungen für die Massen angeht.

Die Mittel, mit denen sich die gegenüberstehenden Parteien versuchen, ihre Agenda zu befördern, reichten von Wahlen über Aufmärsche gewalttätiger Mobs sowie aus dem Amt drängen von Regierungen bis hin zu militärischen Putschen und Repression. Jedoch haben Thaksins Unterstützer immer wieder bewiesen, ihre Gegner an der Wahlurne zu schlagen, was Letztere dazu zwingt, auf undemokratische, allem Anschein nach parteiische juristische Strategien und manchmal brutale Methoden zurückzugreifen, um ihre Ziele zu erreichen. Das Ergebnis davon ist, dass obwohl Ex-Premierminister Thaksin einst die Thailändische Demokratie missbraucht haben mag, um im Amt zu bleiben, seine Gegner nun das Gleiche tun, um ihn davon abzuhalten, die Macht wieder zu erlangen. Daher schlägt das Pendel in der Frage, wer wahrscheinlich auf der Seite von Demokratie und Legitimität im Volk ist, derzeit zu Gunsten Thaksins aus. Trotzdem: Die gewalttätigen Mittel, die manche „Rothemden“-Demonstranten eingesetzt haben, hat ihre Sache bei der Bevölkerung Bangkoks nicht gerade beliebt gemacht, da die März bis Mai-Demonstrationen der Roten 2010 der städtischen

Wirtschaft ernsthaften Schaden zugefügt haben – ganz zu schweigen von den zivilen Opfern, die nicht allein den Streitkräften zugeschrieben werden können.

Die internationalen Medien versuchen, die Krise für den Rest der Welt zu interpretieren, aber viel zu oft stellten Journalisten die Unruhen als Zusammenstöße zwischen den reichen Stadtbewohnern, die gegen Thaksin stehen (repräsentiert durch die Abhisit-Regierung), und der armen Landbevölkerung, die ihn unterstützen, dar. Solch eine verkürzte Sichtweise wird der Realität des Zerwürfnisses Thailands jedoch nicht gerecht. Es ist nicht allein ein Klassenkonflikt, vor allem wenn man sieht, dass Thaksin ein super-reicher Magnat ist. Darüber hinaus, obwohl manche „Rothemden“-Führer durchaus Gutes im Sinn haben, schienen andere willens, den Tod ihrer Anhänger zu Gunsten ihrer unmittelbaren politischen Ziele (zum Beispiel der sofortigen Auflösung der Abhisit-Regierung anstatt sechs Monate später) durchaus in Kauf zu nehmen (angesichts eines drohenden Militärschlags). Manche Medien scheinen die Rothemden gar als Robin Hood oder Che Guevara-ähnlich zu romantisieren, wenn Beweise vorliegen, dass manche tödliche Waffen mit sich trugen oder quasi Soldaten gegen die Regierung sind.

Das heißt nicht, dass die Anti-Thaksin-„Gelbhemden“ viel besser wären als die „Rothemden“. Im Spätjahr 2008 schienen viele Journalisten bereits ein ähnliches Bild zu zeichnen, nur mit den „Gelbhemden“ als Protagonisten. In beiden Fällen deutet die Mangelhaftigkeit der Recherche auf eine tief verwurzelte Anti-Regierungseinstellung der Medien in ihrem generellen Verhältnis zu Demonstranten hin.

Die brutale Repression des Militärs am 19. Mai, die Inhaftierung der Rothemden-Führer sowie die offensichtliche Ignoranz der von den Demokraten geführten Abhisit Vechachiwa-Regierung gegenüber der anhaltenden Not der armen Landbevölkerung bedeutet, dass Thailand gerade nur eine Flaute im Sturm erlebt, bezüglich der ansteigenden politischen Polarisierung des Landes.

Mit der Gefahr eines Bürgerkriegs, die in der Luft liegt, und einer bald zu erwartenden Nachfolge auf dem Thron bleibt die Thailändische Politik stark in Bewegung, sicher ist nur eine wachsende nationale Unbeständigkeit und eine gesteigerte politische Rolle des Thailändischen Militärs. Den bestehenden Konflikt zu lösen ist nicht unmöglich, aber jede Beilegung dessen müsste einen Beschluss zur Versöhnung des Kronrats und Thaksins beinhalten und könnte einige Jahre benötigen. Die Alternative zu einem solchen Kompromiss ist ein weiterer Anstieg der Gewalt und Lagerbildung. Es wird zu beobachten sein, ob Thailands Führungsschicht den politischen Willen aufbringt, die nationale Versöhnung über den Machtkampf zu stellen.

Was bedeutet die Fußball-WM 2010 für mich als SüdafrikanerIn?

Über die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft wird wie üblich mit großem Medienaufwand berichtet. Oft findet die Berichterstattung auf sachlich-neutraler Ebene statt. Doch diesmal gibt es eine Besonderheit: mit Südafrika

als Gastgeberland wird die erste WM auf afrikanischem Boden ausgetragen. Dies scheint Anlass dazu zu geben, die verschiedensten klischeehaften Vorstellungen über „Afrika“ in die Berichterstattung einfließen zu lassen.

Welche Vorstellungen und Erfahrungen von der WM in Südafrika kursieren, hat SchwarzWeiss zwei junge SüdafrikanerInnen gefragt, die uns ihre Sicht darlegen.

Fußball im Geiste von „Ubuntu“

Ich schließe meine Augen und stelle mir das Südafrika vor, in dem ich als junges Mädchen aufgewachsen bin, und ich male mir aus, wie es für die ganze Welt zum ersten Mal lebendig wird. So sehen die Bilder in meiner Vorstellung aus: *Die Klänge von Frauen (omama belilizela) wie sie Gesang anstimmen, die Männer schreien Toooooor! (laduma!), die Jungen (abafana) pfeifen laut, die Mädchen singen, und die Farbe von „Mzansi“ [Südafrika auf Zulu] wird lebendig zu den Klängen der Vuvuzelas [typische südafrik. Plastiktröte].* Was für eine blendende Explosion von Farben!

Das sind die Bilder, die ich in meiner Vorstellung so deutlich vor mir sehe, und das ist genau das, was die ganze Welt sehen wird, wenn das Turnier einmal begonnen hat.

Aber das ist nur mein persönlicher Blick auf die Sache. Das gleiche Ereignis wird von Ökonomen, Kritikern und Politikern ganz anders betrachtet. Das Bild für all die Intellektuellen, Akademiker und Analysten ist viel komplexer als diese simplen Phantasien von mir, einem Mädchen aus der Provinz. Ökonomen sehen viel eher das Wachstum und den enormen Anschlag für die Wirtschaft, Kritiker auf der anderen Seite prognostizieren eine Eskalation der Kriminalität, und Politiker betonen schließlich vor allem die Gelegenheit, bilaterale Beziehungen zu stärken. Wer kann ihnen dafür im Grunde einen Vorwurf machen?

Auch ich finde, dass es einige wirtschaftliche Vorteile geben wird, wenn ausländische Währungen in unser Land kommen. Gleichzeitig werden wir Menschen auf dem Land aber nichts von diesem wirtschaftlichen Anschlag spüren. Und in Bezug auf die Kriminalität muss ich sagen, dass immer ein verfälschter Eindruck von einem Land vermittelt wird, das man nur aus dem Fernsehen kennt. Für mich ist eine Sache grundlegend an dem Südafrika, in dem ich lebe: es ist ein Land, das tief verwurzelt

ist im Geiste von „Ubuntu“ (Menschlichkeit). Aber das sollen alle Fußball-Fans, die unserem afrikanischen Kontinent die Ehre ihres Besuchs erweisen, selbst erfahren. Auf den ersten Blick ist „Ubuntu“ jedenfalls ein gut gehütetes Geheimnis.

Eines ist allerdings unzweifelhaft, und das ist die Tatsache, dass Fußball für uns Südafrikaner einfach ein Spiel ist, das wir alle lieben. Ein Spiel, das Väter und Söhne zusammenbringt, das die „shebeens“ (Kneipen) am Wochenende füllt, ein Spiel, das die Grenzen der Hautfarben überschreitet, und jetzt vor allem ein Spiel, das Afrika zu einer Bühne für die Welt macht, und das zu meiner Lebenszeit. WOW!

Die Fußball-WM 2010 in Südafrika bedeutet für mich an erster Stelle, dass alle Menschen in Afrika ihre Liebe für dieses Spiel teilen werden, unabhängig von ihrer sozialen Klasse oder dem Einfluss der Veranstaltung auf das Bruttosozialprodukt, und dass Afrika bei dieser Gelegenheit die Welt zusammenbringen wird.

von Nompumelelo Maisela (29), Forschungsberaterin und Geschäftsstrategin für mittelständische Unternehmen



Die WM bestimmt den Alltag in Südafrika

Südafrika wollte schon die WM 2006 austragen, aber wir haben im Auswahlverfahren gegen Deutschland verloren, nachdem ein Mann namens Charles Dimpsey beschlossen hatte, nicht abzustimmen. Dieses Gefühl war wirklich unfassbar.

Seit Südafrika als Gastgeberland für die WM 2010 feststeht und mit dem Bau der neuen Stadien begonnen wurde, ist das Turnier Gesprächsthema Nr. 1 für alle Südafrikaner. Letztes Jahr wurde der „Fußball-Freitag“ eingeführt, um die Einstimmung auf die Veranstaltung zu verstärken. Jeden Freitag tragen alle in Südafrika die bafana-bafana-Trikots (Trikots der Nationalmannschaft), egal ob an Arbeitsplätzen, an Schulen von der Grundschule bis zur Universität, und selbst Leute, die nicht arbeiten – man konnte spüren, dass etwas wirklich Großes bevorsteht! Seit zwei Monaten wehen in allen Städten hier die Flaggen aller teilnehmenden Länder. Jetzt, wo die Mannschaften von Brasilien, Australien und Argentinien bereits eingetroffen sind, wird die Atmosphäre noch einmal intensiver.

Südafrika ist ohnehin ein sportverrücktes Land, und wir bereiten uns darauf vor, die Welt auf afrikanische Art zu Gast zu haben. „Die Champions kommen“ war der Titel im Sportteil aller Zeitungen und in allen TV-Spots für das Turnier. Wir können es kaum erwarten, endlich den Anstoß des ersten Spiels auf afrikanischem Boden zu erleben. „Feel it, it is here“ ist unser Slogan, und wir können es fühlen, im wahrsten Sinne des Wortes.

von Bongathini Zulu (36), Highschool-Lehrer für Englisch und Tourismus & Schulchorleiter in Loskop



„Ich fahr da nicht hin!“

Der WM-Gastgeber Südafrika in den deutschen Medien

Einer der am meisten behandelten und dabei am wenigsten differenziert beschriebenen Aspekte ist das Thema Sicherheit und Kriminalität. Die *SZ* beschwört beispielsweise ein Bild von Johannesburg als „der gefährlichsten Stadt der Welt“, in der „alle die allgegenwärtige Angst verbindet.“ Der WM-Programmchef der *ARD*, Thomas Wehrle, warnt die eigenen Mitarbeiter, dass schussichere Westen „eh nichts helfen“, denn „die halten dort die Knarre gleich an den Kopf.“ Verschiedene Prominente ziehen daraus ihre Konsequenzen: zahlreiche *WaGs* (*Wives and Girlfriends* der Spieler) fahren nicht mit zur WM und auch Uli Hoeneß verkündet: „Ich fahr da nicht hin.“ Dabei werden teilweise Alltagskriminalität und Terrorgefahr gleichgesetzt, wie folgendes Zitat aus der *FAZ* zeigt: „Das latente Unbehagen gegenüber dem kommenden Gastgeber des Weltfußballfestes dürfte sich nach der Terror-Attacke auf ein Fußballteam noch verstärken.“ Gemeint war der Anschlag auf den togolesischen Mannschaftsbus im Vorfeld des Afrika-Cups im Januar 2010 in Angola. Trennschärfe fehlt dabei auch in anderer Hinsicht: wie in vielen Fällen wird zwischen den einzelnen Ländern Afrikas nicht unterschieden.

In dieses Schema fügt sich auch die *Sport-Bild* nahtlos ein. In der Reihe „WM-Safari“ wird der deutsche Torwart Manuel Neuer als Massai-Krieger abgelichtet – einer Bevölkerungsgruppe, die in Ostafrika lebt. Die exotische Inszenierung eines stereotypen Afrikabildes wird durch lebende Raubkatzen verstärkt, mit denen sich die deutschen Torhüter fotografieren ließen. Wilde Tiere und die dazu passende Landschaft stellen überhaupt ein wiederkehrendes Motiv auch in unpassenden Zusammenhängen dar. So tanzt sich Shakira in Leopardenkostüm durch den offiziellen WM-Song, und im *ZDF*-Trailer bleibt Oliver Kahn mit seiner *ZDF*-Reporterkollegin Katrin Müller-Hohenstein inmitten von mühsam in Fußball-Posen geschnittenen Tieren mit dem Safari-Jeep vor einer als Steppe inszenierten Landschaft stehen.

Der Exotismus in der Berichterstattung schlägt teilweise aber auch in eine Sprache um, die mit rassistischen Kategorien arbeitet.

In der *FAZ* vom 6. Juni 2010 heißt es etwa: „Gemischtrassige Menschen sind selten in dem Land, in dem jeder eine Vielzahl von Rassen in sich trägt. Der weiße Engländer oder Afrikaner hat irische, portugiesische, französische, holländische, deutsche Vorfahren, und gerade die Buren [...] tragen Buschmannblut in sich. Die Coloureds sind aus der Vermischung von Holländern und Deutschen mit den Buschmännern hervorgegangen.“

Insgesamt wird bei der Berichterstattung über die WM mal wieder das Bild des „fremden“, zurückgebliebenen Afrika projiziert. Die 41.000 zusätzlich angeworbenen Sicherheitsleute „werden kaum geschult sein“ und als „WM-Söldner“ (*SZ*) bezeichnet. Die Sicherheitsbemühungen werden durch Darstellungen einer „Amtsstube auf afrikanisch“, die nach dem „Modell Möbel-Mitnahmemarkt“ (*Bild*) eingerichtet sei, ins Lächerliche gezogen. Als ernsthafte „Sicherheitsbemühung“ wird lobend erwähnt, dass „Südafrikanische Sicherheitsfachleute 2006 bei der WM in Deutschland zugeschaut und gelernt“ (*FAZ*) hätten.

Es bleibt der Eindruck zurück, dass sich viele Medienmacher dankbar bei hergebrachten Afrika-Klischees bedient haben, die von vielen Menschen mit Afrika verbunden werden.

von Jan Becht, Hanna Brockmann, Jan Diebold
SchwarzWeiss Heidelberg



... SIEH MAL : DIE EINGEBORENEN ! IN AFRIKA SPIELN WIRKLICH ALLE FUSSBALL ! UND DA ! DIE EXOTISCHEN TIERE ! WAS FÜR EIN SCHÖNES LAND !



... ALLES KLAR. DER OLLI KAHN IST VORBEI - GEFahren. ZIEHT EUCH WIEDER WAS VERMÜNFTIGES AN UND KOMMT ZURÜCK INS BÜRO.

SchwarzWeiss wird die WM weiterhin beobachten und auf www.schwarzweiss-hd.de kommentieren.



Migration in der Festung Europa. Ein Erfahrungsbericht aus Calais.

Am 4.6.2010 wurde in Calais, Frankreich das »African House«, eine alte Lagerhalle, die als Rückzugsort für afrikanische MigrantInnen dient von der Polizei angegriffen. MigrantInnen wurden festgenommen und AktivistInnen mit Pfefferspray attackiert.

Dies ist nicht nur ein Paradebeispiel für die brutale Anti-Migrationspolitik der EU-Staaten, sondern traf uns auch persönlich.

Anfang März entschieden wir uns, nachdem wir einen Vortrag von Calais-Reisenden gehört hatten, selbst auch nach Calais zu fahren. Gerade beim Thema Migration und Abschiebung beziehen viele Menschen eindeutig Stellung gegen die menschenverachtenden Maßnahmen der EU-Staaten. Die Herangehensweise bleibt jedoch theoretisch, kaum jemand, der das Privileg hat »European Union« in seinem Pass stehen zu haben, kommt mit dem Thema jemals selbst in Kontakt. Bei uns, einer fünfköpfigen Reisegruppe aus Heidelberg, war das bis dato nicht anders. Ohne genauen Plan, aber auch mit einer Menge Abenteuerlust, machten wir uns auf nach Calais, gefasst darauf das Schlimmste zu sehen. Für uns EU-»BürgerInnen« wird Calais immer ein Abenteuer bleiben. So sehr wir auch mit den Opfern mitfühlen mögen, hatten wir doch das unveränderliche Glück unseres Geburtsorts. Und was für ein Glück! Und was für eine Ungerechtigkeit, die es zu bekämpfen gilt!

Vollkommen ignoriert von den Mainstream-Medien ist die für eine Migrationsstadt untypisch gelegene nordfranzösische Hafenstadt Calais zu einem Brennpunkt geworden. Calais ist der zentrale Ort um vom europäischen Festland nach Großbritannien zu kommen. Während unseres Aufenthalts im Winter hielten sich in und um die Stadt verteilt einige hundert Flüchtlinge auf, im Sommer waren es über 2000. Viele davon versuchen täglich auf verschiedenste Weise den Ärmelkanal zu überqueren, beispielsweise hängen sie sich unter fahrende LKWs, um auf Fähren zu kommen.

Warum so viele Menschen nach Großbritannien wollen, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Einige haben dort Verwandte oder Bekannte oder sprechen die Sprache. Wir trafen aber auch Menschen, die eine mehr als einjährige Odyssee hinter sich hatten, in ständiger Illegalität durch über ein Dutzend Staaten flogen, Nahtoderfahrungen und Schlimmeres erleben mussten, Menschen die einfach nur irgendwo hin wollen. Für viele reicht schon die vage Hoffnung auf weniger Schikanen aus, um ihr Leben für eine Überfahrt auf's Spiel zu setzen.

Ein Afrikaner meinte zu uns: »At home life was hard, but here [in Calais] it's even worse. Police come every day. I don't know about my family since I left home.« Ein junger Afghane wurde trotz ähnlicher Umstände von solchen Gedanken nicht mehr geplagt, er war froh noch am Leben zu sein, da ihm in Afghanistan angedroht wurde, er würde sofort erschossen, wenn er sich noch einmal in der Schule blicken ließe. In einem Land, in dem die EU-Staaten Krieg führen, die ihm jetzt den Aufenthalt verweigern. Was für eine Perversion.

2002 wurde in der Nähe Calais' ein Flüchtlingslager geschlossen. Seit diesem Zeitpunkt leben die MigrantInnen in leerstehenden Hallen oder sogenannten Jungles, das sind Zelte, die aus Plastikplanen gebaut werden. 2009 verschärfte sich die Situation als das größte Jungle mit 600 BewohnerInnen zerstört wurde. (Video unter: http://current.com/shows/upstream/9101438_the-dignified-destruction-of-calaisrefugee-jungle.htm). Seit letztem Jahr verfolgt die Polizei zudem alle Leute ohne Papiere und macht ihnen das Leben unerträglich. Dabei wird vor fast nichts zurückgeschreckt. Es

wurden Menschen am frühen Morgen aus dem Bett gerissen und vor das »Haus« (ein fensterloses Dreckloch) getrieben, damit das Gebäude mit all ihrem Hab und Gut darin abgerissen werden konnte. Im »African House« wurden während unseres Aufenthalts täglich zwischen Mitternacht und Sonnenaufgang grundlos Leute von der gewaltsam eindringenden, rassistischen Polizei verprügelt und verhaftet. Dabei wurde auch deren einziger Kochtopf von der Polizei gestohlen, so dass sie kein Essen mehr kochen konnten. Nach der Zerstörung eines »Jungles« ließen die PolizistInnen ihre Hunde in die Schlafsäcke der MigrantInnen kacken. Selbst fundamentalste Bedürfnisse, wie Essen, Wasser und Schlafen stellen für die Opfer dieser täglichen Übergriffe eine Herausforderung dar, sind oft nicht möglich bzw. vorhanden.

Allerdings gibt es auch Unterstützung von verschiedensten nicht-staatlichen und nicht-kommerziellen Gruppen und Einzelpersonen. Humanitäre Organisationen bieten zweimal täglich einfaches Essen. Wir selbst brachten, wie auch andere, ab und zu Zucker oder Tee und Klamotten zu den Jungles.

Man muss sich aber bewusst darüber sein, dass solche Aktionen die Zustände langfristig nicht ändern. Obwohl die überlebensnotwendige humanitäre Arbeit gar nicht hoch genug geschätzt werden kann, muss man sich im Klaren sein, dass die Zustände so langfristig nicht geändert werden. Es fehlt zum einen an öffentlicher Aufklärung und politischen Aktionen vor Ort und zum anderen an einer organisierten Verbindung von humanitärer und politischer Arbeit. Diese gestaltet sich schwierig, da auch AktivistInnen unter Repression zu leiden haben, wenn auch bei weitem nicht in dem Maße wie die MigrantInnen.

Politische Arbeit nützt den Personen, die jetzt betroffen sind praktisch nichts. Trotzdem ist sie langfristig absolut notwendig, nicht zuletzt auch um die humanitäre Arbeit irgendwann überflüssig zu machen. Die Aufmerksamkeit für die unmenschliche und lebensbedrohliche Situation muss endlich geschaffen werden.

von anonym

NO BORDER-CAMP vom 25. Sept. – 3. Okt. in Brüssel
www.noborderbxl.eu.org

Entwicklungshilfe abschaffen! Es geht um die Würde des Menschen!

Der kenianische Wirtschaftswissenschaftler James Shikwati erstaunte auf dem Ökumenischen Kirchentag in München seine ZuhörerInnen

Was passiert, wenn ein honduranischer katholischer Bischof, ein marxistischer Wirtschaftswissenschaftler und ein europäischer Entwicklungspolitiker über die Frage debattieren »Ist Entwicklungshilfe sinnvoll?«. Die Debatte würde um die üblichen Themen kreisen: Erhöhung der europäischen Entwicklungshilfe, Entschuldung, Konditionalitäten etc., säße da nicht auch der kenianische Wirtschaftswissenschaftler und Direktor des ostafrikanischen »Inter Region Economic Network« (IREN) James Shikwati auf dem Podium. Er plädierte auf dem Ökumenischen Kirchentag, der vom 12.–16. Mai 2010 in München stattfand, für die Abschaffung der Entwicklungshilfe, da sie die Würde vieler AfrikanerInnen untergrabe. »Wenn Hilfe die Menschenwürde verletzt, hört sie auf, Hilfe zu sein« erklärte Shikwati. Sie würde gar ins Gegenteil verkehrt und hemme unternehmerische Kreativität, da sie die Fähigkeiten der betroffenen Menschen ignoriere. »Wenn sogenannte Experten in Europa entscheiden, was für Afrikaner gut ist, werden Menschen in den Entwicklungsländern regelmäßig zu unmündigen Objekten degradiert.«

Themen der Nord-Süd-Gerechtigkeit waren auf dem Ökumenischen Kirchentag prominent vertreten. Die Mehrzahl der BesucherInnen interessierte sich denn auch dafür, wie eine humanere Welt möglich sei. Antrieb ist der Glaube daran, dass die Erde den Menschen nicht gehört und dass jeder Mensch eine unantastbare Würde hat.

Keiner der Podiumsteilnehmer ging auf Shikwatis Argumente ein. Wollten sie nicht oder verstanden sie ihn nicht? Sie führten vielmehr eine Diskussion unter sich darüber, was die EuropäerInnen besser machen können. Der Ökonom Jean Ziegler forderte eine Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfen, der katholische Bischof Rodriguez Maradiga lobte die umfangreiche Hilfe für Haiti und Eckhard Deutscher, Vorsitzender des Entwicklungsausschusses der OECD, forderte mehr Leistungsbeusstsein auf Seiten der AfrikanerInnen. Niemand fragte danach, was AfrikanerInnen wollen oder welche Konzepte in Afrika entwickelt werden. Denn das Ziel, die Entwicklung Afrikas, schien bereits klar zu sein. Über den Inhalt von Entwicklung wurde nicht diskutiert, nur über das »wie viel« und »wie schnell«. Einzig Shikwati machte seine Vorstellungen explizit. Entwicklung bedeute, kreativ Ideen für das eigene Lebensumfeld zu entwickeln, mit Respekt vor der Geschichte und der jeweiligen Kultur.

Shikwati klagte nicht die europäischen ZuhörerInnen im Saal an, sondern er appellierte an sie, von den Entwicklungshilfewerken zu fordern, die Folgen ihrer Hilfe aufzudecken, wie etwa die infolge von gut gemeinten Kleiderspenden oder billigen EU-Agrar-Exporten entstandenen Schäden für die Textil- und Agrarmärkte. Besonders betonte er aber die kulturellen Wirkungen der Entwicklungshilfe und die daraus resultierende Wahrnehmung zwischen EuropäerInnen und AfrikanerInnen. Durch regelmäßige Geldflüsse von Nord nach Süd zu Bedingungen des Nordens verfestigte sich unter Afrikanern ein Bewusstsein, dass sie ohne das Zutun der Europäer keine Projekte umsetzen und nichts eigenes entwickeln können. Auf der europäischen Seite würde die Vorstellung eines elendigen afrikanischen Kontinents zementiert und jedem jungen Europäer in »Freiwilligenprojekten« den Status von Entwicklungsexperten eingeräumt.

Shikwatis Themen waren für die Mehrzahl der ZuhörerInnen offensichtlich ungewohnt und neu. Einige Nachfragen zielten lediglich darauf, dass er seine Ausführungen wiederholen solle. So die immer wiederkehrende Frage, was die oder der Einzelne denn konkret für die Entwicklungsländer tun könne. Von Verunsicherung zeugte auch die Publikumsfrage, ob Shikwati auch die kirchliche Entwicklungshilfe in seine Kritik mit einbeziehe. Offensichtlich rüttelte der Wirtschaftswissenschaftler an vorherrschenden Überzeugungen und an den einfachen Rezepten, wie Gutes zu tun sei.

Das Publikum verließ den Saal mit vielen Fragen. Einzig die übrigen Experten auf dem Podium schienen nicht ins Grübeln gekommen zu sein.

von Caroline Authaler

Termine

Fr. 18.06. 21.00 Romanistenparty im Teufel

So. 20.06. 15.15 »Welcome to Hell – Report of My April 2010 Death-Row Visit to Mumia Abu-Jamal« mit Mick Schifmann, Angl. Seminar

Mo. 21.06. 18.00 ZFB: Bildungsstreik-Treffen

Do. 24.06. 19.30 Frauen in der Revolution – Vortrag mit Nadja Bennewitz, Buchhandlung Himmelheber, Theaterstraße 16

Do. 24.06. 20.00 Offene Bücher, Rom. Keller

Fr. 25.06. 19.30 Iran im Visier – Sanktionen, Propaganda, Kriegsdrohungen, Vortrag von Ali Fathollah-Nejad, NUni HS 6

Fr. 25.06. 20.00 Kopfsalat vs. Als Wir – Theaterport Lokalderby, Karlstorbahnhof

Sa. 26.06. 17.00 Sommerfest der Food-Coop Appel un' Ei, an der Mensa im INF

Sa. 26.06. 20.00 Premiere »The Wild Party« der Schauspielgruppe des Angl. Seminars

Di. 29.06. 9–18 Uhr Wahlen zu den universitären Gremien für die Studierenden

Di. 29.06. 13.00 AGSM Senatssaal, Alte Uni

Mi. 30.06. 18.15 Prof. Dr. Schimank: »Die umkämpfte Universität – eine Differenzierungstheoretische Perspektive«, Institut für Soziologie

Mi. 30.06. 19.00 Prof. Mieth: »Variationen der Auffassung des Bösen im christl. Kontext« NUni HS 13

Mo. 05.07. 19.45 Contact-Jam Workshop, Neckarwiese

Mi. 07.07. 18.15 Jun.-Prof. Dr. Kathia Serrano-Velarde: »Wenn die Universität Rendite verspricht«, Inst. für Soziologie

Do. 08.07. 19.00 Prof. Bartelmann: »Gefahren aus dem All«, INF 227 HS 2

8., 9., 12., 14., 16.07. 20.00 »Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung« von Chr. D. Grabbe, Theatergruppe Vogelfrei

Fr. 09.07. Exkursion KZ-Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen, Anmeld. bis 25.06. an tine.maier@gew-bw.de

Di. 13.07. 20.00 Theater, Musik, Comedy und mehr: Offene Bühne, TIKK

14., 16., 17., 18.07. 20.00 ESG-Theatergruppe »Wir sind noch einmal davon gekommen« von T. Wilder, ESG, Plöck 66

Sa. 17.7. 19.00 Ausstellungseröffnung: »65 Jahre Collegium Academicum: Nachkriegszeit, Studierendenbewegung und Freiräume heute«, in der Plöck 93

Macht Flaggen klauen Spaß?

Geteilte Meinungen zum gemeinen Fußballerlebnis

Am 11. Juni 2010 begann die Fußball-WM. Und ganz Deutschland hisst die Flagge. Doch wie sollte man mit diesem Symbol umgehen? Neben dem traditi-

onellen Flaggenhissen mit Freunden daheim, an Auto oder Fahrrad, erfreut sich Deutschland-Flaggen-Klauen neuerdings großer Beliebtheit.

Nina Marie Heldin und Yannick Biereck beleuchten für die UNiMUT die Vor- und Nachteile der Open-Air-Flaggenbesorgung. (xy)

JA

Nina Marie Heldin



Eine Freiluft-Feier mitten im Sommer: großartige Stimmung, Sonnenschein und Fußball. Da lass' ich mich nicht zweimal bitten. Es macht doch immer am meisten Spaß, gemeinsam mit Gleichgesinnten durch die Reihen animalisch grölender Deutschlandfans zu ziehen und dem schwarzrotgoldenen Beutezug zu frönen.

Die Weltmeisterschaft 2006 im eigenen Land löste eine Welle der Nationalbegeisterung aus, die alle überrascht hat. Mitverantwortlich dafür war vor allem ein Phänomen: Das schwarzrotgoldene Flaggezeigen ist in der Public Viewing Arena anerkannt. Endlich überwinden die Deutschen ihr verklemmtes Verhältnis zum eigenen Nationalstolz. Freinach dem Motto: „Hier bin ich patriotisch, hier darf ich's sein.“ kann im Public Viewing ausgelebt werden, was sonst mit dem Ausschwitz-Zeigefinger sanktioniert wird.

Für Menschen, die in dieser Entwicklung einen Rechtsruck unserer Gesellschaft erkennen, ist der Deutschland-Fahnen-Klau die Möglichkeit die Deutschen vor dem Abrutsch in den Nationalismus zu bewahren. Findet das nationalismuskritische Millieu oft nur radikale Ausdrucksmöglichkeiten ihrer Weltanschauung, kann die öffentliche Fan-Feier mit diesem Trott brechen. Der Deutschland-Fahnen-Klau bietet politische Aktion mit Nervenzitadel – aber eben friedlich und gewaltfrei. Die Botschaft ist klar ersichtlich!

Zudem bietet die erbeutete Menge an schwarzrotgoldenen Stoff der Wimpel, Fahnen, Plastikhawaiiketten und Schweißbänder unzählige Möglichkeiten: So lassen sich beispielsweise aus den gelben und roten Stoffen T-Shirts für Thailand nähen und so ein Beitrag zur Deutschen Entwicklungshilfe leisten.

NEIN

Yannick Biereck



Es ist ein Fluch! Jedes Mal hänge ich voller Stolz auf „unsre Jungs“ die Fahne aus dem Fenster, und wo landet die dann am Ende? In einer grölenden, stinkenden und saufenden Zecken-Menge, die sich mit meinem Privateigentum an ihrem Antinationalismus labt, die Luft quasi geschwängert mit nostalgischen Erinnerungen an die Revolution 1917. Dabei tun die Spezies, die das ganze Jahr über kein einziges Fußballspiel gesehen haben so, als hätten sie den Durchblick eines Fanbeauftragten und sehen sich in der Position, allen zu zu schreien, was sie zu tun haben. Der Gruppenzwang begünstigt diese Re(-E)volution nur noch mehr. Leider kann ich zu einer solchen Rückentwicklung nicht gratulieren. Aber vielleicht trägt ja der Schein und es waren ja doch die „italienischen

Spaghettifresser“ oder die „Franzecken“, bei denen ja wohl keine Spur mehr vom europäischen Einheitsfrontgedanken vorhanden zu sein scheint. Ich gebe es zu: Auch ich bin nur einer dieser unwürdigen Flaggenklauer. Aber wenigstens hab ich dann wieder ne Fahne. Naja. Aber die hab ich beim Fußballgucken sowieso. Doch ich bin mir sicher: Flaggenbesorgen geht kultivierter. Manchmal ist konservativ eben doch besser: Bequem mit Freunden zu Hause vor dem Laptop im Internet bestellen – oder wer den Zusammenhalt der Menge spüren will, auch gern in der UB, in der man sitzend (!) eine aussuchen kann. 'Schlaaand!